

Die Vorsitzende gibt das Wort an Herrn Stadtrat Hillgruber zur Einführung weiter.

Die Heimaufsicht habe gut und verantwortungsvoll gehandelt und hätte Maßnahmen erlassen, die gerichtlich überprüft werden würden. Beim Auszug der Bewohner/-innen wären der Fachdienst Soziales und der Pflegestützpunkt unterstützend aktiv geworden, um neue Unterkünfte für die Betroffenen zu finden.

Der Fachkräftemangel sei ein riesiges Problem, das sich noch verschärfen werde. Hiermit umzugehen sei eine zentrale Frage.

Frau Dr. Barth erhält das Wort für weitere Ausführungen. Die Wohnpflegeaufsicht beim Gesundheitsamt Neumünster genieße bei der Fachaufsicht im Ministerium einen guten Ruf und gelte als mit gutem Maß agierend.

Der Fachkräftemangel sei gravierend, so auch im Haus am Sachsenring.

Maßstab sei immer, dass es den Bewohner/-innen gut ginge.

Laut Herrn Dr. Kandzora handele es sich hier um ein sensibles und wichtiges Thema. Eine rote Linie sei überschritten worden, und für den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD sei er dankbar., ebenso für die vorgelegten Antworten. Die Versorgung von Senior/-innen an ihrem Lebensende sei entsprechend sensibel wie Kinderschutz auch. Wirtschaftlich geführt werden müssten Pflegeheime, aber zur Gewinnerzielung seien sie nicht geeignet. Für Neumünster wünsche er sich eine genaue Analyse und Zahlen des Pflegestützpunktes in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Köhler weist auf die wichtige Arbeit der Pflegekräfte unter schwierigen Bedingungen hin und darauf, dass sie sich oft an Einrichtungen gebunden fühlten und kein „Arbeitsplatz-Hopping“ anstrebten. Er danke ihnen herzlich für ihren Einsatz.

Zur Frage nach der Berichterstattung führt Frau Dr. Barth aus, dass es einen jährlichen Bericht gebe, der auf der städtischen homepage veröffentlicht werde, und Herr Stadtrat Hillgruber regt an, einen um Daten des Pflegestützpunktes erweiterten Bericht – auch im Interesse der Verwaltung – zu verfassen; hierin solle die aktuelle Situation beschrieben werden.

Herr Stadtrat Hillgruber sagt den Sachstandsbericht zu einer der ersten Sitzungen in 2024 zu.

Anträge werden nicht gestellt.